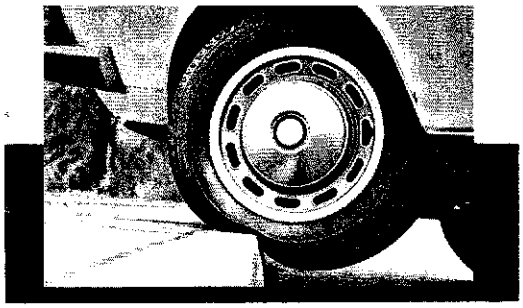
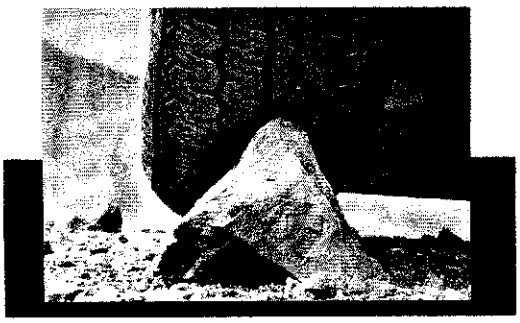


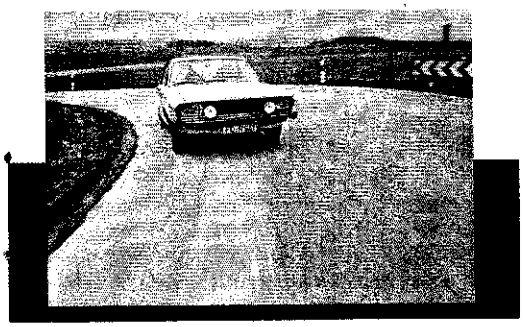
Langzeit-Polyester-Karkasse
Geschmeidiges Polyestergewebe. Robust, elastisch, stoßschluckend. Sorgt für den hervorragenden Fahrkomfort jedes Fulda Rasant.



Langzeit-Stahlgürtel
Schützt den Fulda Rasant vor Verletzungen. Sorgt für geringeren Rollwiderstand. Ergebnis: längere Lebensdauer des Profils und Kraftstoffersparnis.



Langzeit-Computer-Profil
Computer-entwickelt. Test-erprobt. Sorgt für Sicherheit in allen Fahrsituationen. Auch auf nassen Straßen.



Langzeit-Gummimischung
Verschleiß- und abriebfest. Für das entscheidende „Mehr" an Kilometern. Trotzdem überragende Straßenhaftung.

Aufs Trittbrett springen

In der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft konnten die Gegner des Vorsitzenden Hermann Brandt ihre Macht ausbauen. Bonner Sozialdemokraten fürchten, daß die CDU davon profitieren könnte.

In Prospekten und Broschüren, auf Handzetteln und Plakaten feiern sie sich gern mit Vokabeln, die längst obsolet wurden: „Die Erfolgreichen der DAG" müssen schon intensive Geschichtsforschung treiben, wenn sie sich ihrer Großtaten rühmen wollen.

Vom Erfolg verlassen scheint insbesondere ihr Vorsitzender Hermann Brandt, seit acht Jahren Chef der traditionsreichen Deutschen Angestellten-Gewerkschaft. Er weiß es selber: Auf dem DAG-Bundeskongreß in Wiesbaden wird es „kein Vertuschen und Verschleiern" geben.

Anders als die Führer der ideologisch formierten und politisch in der SPD verankerten Industriegewerkschaften des DGB muß der höchste Funktionär des Angestellten-Standes vor allem den Widerstand aus den eigenen Reihen fürchten. Im mitgliederstärksten DAG-Landesverband Nordrhein-Westfalen etwa haben seine Gegner längst die Macht übernommen, in den anderen Bezirken, weiß ein Brandt-Freund, „haben die in der letzten Zeit mobil gemacht".

Ihre Stärke verdankt die hauseigene Opposition den Schwächeanfällen und Mißerfolgen ihres Anführers. Während die schärfste Konkurrenz des Angestellten-Vereins, die DGB-Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), im letzten Jahr 25 000 neue Mitglieder anwerben konnte, mußte sich die DAG mit 8000 neuen Beitragszahlern bescheiden. Die Zahl der DAG-Mitglieder unter 24 Jahren geht gar seit Monaten zurück.

Niederlagen brachten der DAG auch die Sozialwahlen des vergangenen Jahres. Ihr Stimmenanteil in den Parlamenten der Sozialversicherungen wurde nahezu halbiert.

Gefährlich wurde es für den Vorsitzenden Brandt, als die von ihm gesuchten und gepflegten Gespräche mit dem DGB über enge Zusammenarbeit der beiden Arbeitnehmerorganisationen scheiterten. Nachdem Brandt sein Konzept vorgetragen hatte, ließen ihn die Gehilfen von DGB-Chef Heinz Oskar Vetter schroff abfahren. Ungerührt empfahlen sie, die DAG möge sich besser schrittweise auflösen.

Die Abfuhr traf die Angestellten-Funktionäre hart. Ohnehin fällt es ihnen immer schwerer, Mitglieder und Öffentlichkeit von der Notwendigkeit einer besonderen Standesorganisation zu überzeugen. Zwar behauptet DAG-Chef Hermann Brandt: „Die Politik des DGB geht an den Interessen der Angestellten vorbei."

Doch die Mehrheit der Aktentaschenträger ist mittlerweile anderer Meinung.

In einer Untersuchung über das gewerkschaftliche Bewußtsein der Angestellten ermittelte das Bonner Infas-Institut, daß 58 Prozent aller Gehaltsempfänger lieber in eine Gewerkschaft eintreten würden, die Arbeiter und Angestellte gemeinsam vertritt. „Wer, wie die DAG, die Berechtigung zur Eigenständigkeit in der Vertretung von Standesinteressen sieht", triumphiert HBV-Chef Heinz Vietheer, „der hat die Zeichen der Zeit verkannt."

Selbst jenen Angestellten, die lieber unter sich bleiben wollen, hat die DAG



DAG-Chef Brandt: Vom Kanzler vorgezogen

nur wenig zu bieten: In den gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen, etwa der Mitbestimmung und der Vermögensbildung, folgt sie — von Nuancen abgesehen — der DGB-Linie. „Man muß die Unterschiede mit der Lupe suchen", fand Günter Stephan, für Angestelltenfragen zuständiges Mitglied des DGB-Vorstands.

Selbst beim Aushandeln von Gehältern und Arbeitsbedingungen kommen die DAG-Funktionäre häufig zu kurz. Weil ihre Mitgliedschaft — anders als die Kader der Industriegewerkschaften — über fast alle Wirtschaftszweige verstreut ist, können sie mangels Masse nur selten eigenständige Tarifpolitik treiben.

In der Metallbranche oder der Chemie-Industrie etwa handeln die Arbeitgeber zunächst stets mit den Industriegewerkschaften die Tarifverträge aus. Der DAG bleibt dann zumeist keine andere Wahl, als die Ergebnisse zu übernehmen und als stolze Eigenleistung zu verkaufen.

Um so gefährlicher erscheint den Brandt-Kritikern die Annäherung ihres Vorsitzenden an die DGB-Spitze. Nur durch harten Kontrast und gelegentliche Konfrontation mit den Industriegewerkschaften sei die DAG noch zu retten.

Aufgeheizt wurde der innergewerkschaftliche Hader durch handfeste politische Interessen: Während nämlich Gewerkschaftschef Brandt eingeschriebenes SPD-Mitglied ist, sind seine Gegner, darunter der nordrhein-westfälische DAG-Landesvorsitzende Walter Quartier, überzeugte CDU-Anhänger. Selbst ranghohe Bonner Sozialdemokraten fürchten deshalb, die Brandt-Gegner könnten die Oppositionspartei einem seit langem angepeilten Ziel näherbringen: einer CDU-beeinflußten Angestellten-Gewerkschaft, die der Union das von allen Parteien hart umworbene Wählerpotential der Mittelkläßler erschließen könnte. „Die CDU", fürchtet ein Brandt-Helfer, „will in Wiesbaden aufs Trittbrett springen."

Um das Trittbrett für die eigenen Leute freizuhalten, lassen Bonns regierende Sozialdemokraten kaum eine Gelegenheit aus, Brandts Prestige und Position aufzuwerten. Sorgsam achten sie darauf, daß der DAG-Chef bei offiziellen Anlässen stets mit den gleichen protokollarischen Ehren hofiert wird wie DGB-Chef Vetter.

Pikiert nahmen die DGB-Spitzenfunktionäre zur Kenntnis, daß gelegentlich Kanzler Schmidt den Angestellten-Führer vorzieht. Während der Regierungschef dem Hamburger DAG-Vorstand schon im Februar seine Aufwartung machte, mußten Heinz Oskar Vetter und Genossen auf den Kanzler-Besuch bis zu dieser Woche warten.

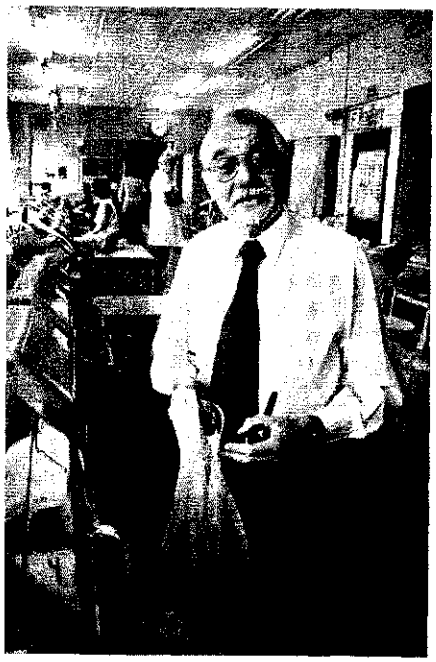
PRESSE

Kurzes über Langwelle

Die renommierte Nachrichten-Agentur VWD verbreitet jetzt über eine Tochtergesellschaft bezahlte Unternehmens-Meldungen.

Für Nachrichten aus der Wirtschaft, so will es die Frankfurter Wirtschafts-Nachrichtenagentur VWD (Vereinigte Wirtschaftsdienste), sollen künftig nicht mehr die Zeitungen zahlen, die sie veröffentlichen, sondern die Unternehmen, von denen in der Zeitung die Rede ist.

Die Umkehr der Geldströme für journalistische Informationen ist der Einfall des VWD-Geschäftsführers



VWD-Chef Käckenhoff
Umkehr der Geldströme

Günther Käckenhoff. „Umfang und Qualität dessen, was in Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen über die Wirtschaft gedruckt und gesagt wird", umgarnte der gelernte Journalist Manager und Verbandsfunktionäre per Rundschreiben, „bestimmen SIE mehr als Redakteure und Moderatoren." Die Mitbestimmung beginnt am 1. September.

Über die neugegründete VWD-Tochter „Complex-Gesellschaft für Kommunikation mbH" (CPL) läßt Käckenhoff jetzt Kurzmeldungen aus Unternehmen und Verbänden über Langwelle kostenlos in Redaktionsstuben funken. Berappen müssen die Unternehmer: Für eine 25-Zeilen-Meldung, die CPL-Redakteure mit den Pressestellen der Unternehmen wortwörtlich abstimmen, berechnet Käckenhoff 900 Mark. Für Blöcke von fünf Meldungen im Jahr will CPL 2250 Mark kassieren.

Für den Start des neuen Informationssystems garantierte Käckenhoff der Kundschaft CPL-Ticker in mindestens 30 Redaktionen. Doch obwohl der Frankfurter Nachrichtenhändler inzwischen 40 Zeitungen und Rundfunkanstalten am Ticker hat, konnten sich bislang nur allenfalls dreißig große Industrie-Kunden für sein System erwärmen: Am Ticker auf der anderen Seite fehlen die großen Adressen, wie „Frankfurter Allgemeine Zeitung", „Süddeutsche Zeitung", dafür sind Springers „Welt" und das Düsseldorfer „Handelsblatt" dabei.

„Ein gigantisches Unternehmen zur Schleichwerbung" disqualifiziert der Branchen-Informationsdienst „A + J" das CPL-System, und Egon von Mauchenheim, Generalsekretär des Deutschen Presserats, drechselte den Satz: „Der Dienst enthält zumindest die potentielle Gefahr, daß unter wirtschaftlichem Druck was passieren könnte."

Was passieren könnte: Je mäßiger Käckenhoffs CPL-Aufträge geraten, desto heftiger könnten die großen Unternehmen das CPL-Management unter Druck setzen, werbewirksam getönte Meldungen auch in die vielfältigen Dienste der großen Mutter VWD einzuspeisen, die sich die „bedeutendste Wirtschaftsnachrichten-Agentur des Kontinents" nennt. Käckenhoff dagegen: „Wer CPL-Leistung einkauft, kauft nicht VWD-Verbreitung."

Dennoch bleibt die Verbindung delikat. An VWD beteiligt sind zu je einem Drittel die Deutsche Presse-Agentur (dpa), die Londoner Nachrichten-Agentur Reuters und die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft. Leicht könnte Käckenhoff über den dpa-Part Verleger und über die Verbände Unternehmer finden, die sein System massiv empfehlen. Leicht könnte er ihnen zudem nachweisen, daß VWD andernfalls finanziell ins Schleudern käme.

Mit Rezession, Pleiten und Unternehmenszusammenschlüssen nämlich schrumpfte die VWD-Klientel. Zudem drohte die von dem ehemaligen Gruner + Jahr-Chef Ernst Naumann mitfinanzierte Nachrichten-Agentur DDP („Deutscher Depeschen Dienst"), einen Dienst nach Art des neuen CPL-Tikkers anzubieten. Käckenhoff: „Das hätte uns stören können."

Bei soviel Störungen nahm Käckenhoff, einst Journalist, später Pressechef bei Karl Schiller und dem Versandhaus-Krösus Gustav Schickedanz („Quelle"), die Unbill seiner früheren Kollegenschaft in Kauf: PR-Agenturen und freie Journalisten sehen im CPL-Ticker unkeusche Konkurrenz.

Zumindest für eine dieser Parteien hält Käckenhoff Schadenersatz feil: Er will Unternehmen, die Umgang mit der Presse suchen, freie Journalisten als Berater andienen. ◆